

Rede des Bürgermeisters Klaus Saemann zur Verabschiedung des Haushalts 2021 am 17. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
liebe Kolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Teile des Rates haben zu Beginn der Ratssitzung beantragt, aus infektionsschutzrechtlichen Gründen die heutige Ratssitzung nicht durchzuführen und damit den Haushalt für das kommende Jahr nicht zu verabschieden.

Dieser Antrag wurde damit begründet, dass man sich für die Beschlussfassung mehr Zeit geben wolle, um insbesondere weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt zu diskutieren.

Ich stimme zu, dass wir zurzeit mit Herausforderungen zu kämpfen haben, die in den letzten Jahren ihresgleichen suchen.

Dennoch: ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter auch die Aufgabe haben, zum Wohle der Stadt die wichtigen Entscheidungen dann zu treffen, wenn sie notwendig sind.

Dass der gesamte Rat – und das möchte ausdrücklich betonen – mit großer Einigkeit im Sommer sich der Herausforderung zur Übernahme des Klinikums gestellt hat, zeigt das große Verantwortungsbewusstsein aller Ratsmitglieder für die Belange unserer Stadt.

Und diesem Beispiel sollten wir auch heute folgen.

Die Stadt Peine benötigt für ihre Entwicklung und zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen einen Haushalt. Einen Haushalt, mit dem der Rat den Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive aufzeigt.

Und deswegen ist es aus meiner Sicht auch richtig, diese Entscheidung heute zu treffen.

Inhaltlich mag man den Haushaltsentwurf unterschiedlich bewerten; das wiederum spiegelt die vielen Facetten und Angebote der politischen Mitbewerber wieder.

Und darüber kann – und sollte übrigens auch – in den Ausschusssitzungen gestritten werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jede der hier im Rat vertretene Fraktion und jeder Einzelkandidat setzt verschiedene politische Schwerpunkte – und das ist auch gut so. Diese Vielfalt und gern auch kontroverse Diskussionen in wichtigen Angelegenheiten der Stadt, prägen das demokratische Gemeinwesen und bieten die Gewähr für eine stetige Fortentwicklung unserer Stadt.

Man muss im Ergebnis nicht immer einer Meinung sein.

Aber: Entscheidungen bedürfen politischer Mehrheiten.

Insofern wünsche ich mir für die Zukunft, eine anderslautende Meinung des politischen Gegners gerne auch weiterhin kritisch zu hinterfragen. Aber auch: Ihr immer mit Respekt zu begegnen.

Das sollten wir alle insbesondere im kommenden Jahr zur Maxime unseres Handelns machen.

Ich darf an dieser Stelle allen Ortsräten und Ausschüssen für die fairen Beratungen und zumeist moderaten Vorschläge danken.

Das Amt Finanzen hat den Haushalt in den Ausschusssitzungen detailliert vorgestellt. Dies ist meinerseits hier nicht zu wiederholen.

Ich möchte an dieser Stelle Frau Krause und Frau Möller für die Vorbereitungen und umfassenden Vorlagen danken.

Die Fraktionen und Einzelkandidaten haben sich darauf verständigt, der aktuellen Pandemie-Lage mit angemessenen Haushaltsreden Rechnung zu tragen.

Obwohl es zum Haushalt und zur finanziellen Situation der Stadt viel zu sagen gibt, möchte ich mit guten Beispiel vorangehen und dem gemeinsamen Kompromiss mit nur kurzen Ausführungen begegnen.

Ohne zu übertreiben, der vorgelegte Entwurf des Haushaltsplans ist mit Sicherheit einer der Schwierigsten der letzten Jahre und sicherlich auch keiner, den sich ein Bürgermeister für seine Stadt wünscht.

Neben den bekannten Herausforderungen im laufenden Haushaltsjahr, werden wir auch in 2021 mit weiteren Einnahmeverlusten durch die Corona-Pandemie leben müssen.

Wir befinden uns in einer außergewöhnlich schwierigen Situation.

Auf der einen Seite haben wir seit Jahren mit einem strukturell nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu kämpfen, auf der anderen Seite hat uns die Entwicklung rund um das Klinikum zu Beginn des Jahres einigen Spielraum für unsere Entscheidungen genommen.

Nicht zuletzt sind die finanziellen Auswirkungen des ersten, aber auch des seit gestern geltenden zweiten Lockdowns von keinem von uns vorherzusagen.

Die Stadt wird in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich mit Mindereinnahmen im 7stelligen Bereich leben müssen.

Einbrüche bei der Gewerbesteuer, den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen wiegen schwer und können in der ohnehin angespannten Finanzsituation nicht ausgeglichen werden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle daher auch den Hinweis: die Ansiedlung von prosperierenden Gewerbebetrieben wünscht sich jede Stadt; sie ist aber nicht per se ein Garant für sprudelnde Gewerbesteuern.

Die Wechselbeziehungen hierbei sind vielschichtig und nicht nur mit der Ansiedlung zu erreichen. Ich möchte aber mit dieser Wertung nicht missverstanden werden,

sondern klarstellen, dass eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung auch die Ansiedlung von mittelständischen Betrieben berücksichtigen muss.

Insofern liegt die Position des Bürgermeisters mit der Forderung der CDU auch nicht weit auseinander. Über den Weg zum Ziel gilt es zu diskutieren.

Umso mehr bedarf es gerade auch gegenüber dem Landkreis einer klaren Position für eine angemessenere Beteiligung an der Finanzierung des Defizits für den Betrieb der Kindertagesstätten: Der Finanzierung einer Aufgabe, für die der Landkreis Peine dem Grunde nach zuständig ist.

Deswegen ist es auch nicht einzusehen, dass der Landkreis auf der einen Seite deutlich bessere Jahresergebnisse vorlegen kann, die Stadt auf der anderen Seite ein strukturelles Defizit in Höhe des Fehlbetrages beim Betrieb der Kitas ausweisen muss.

Aus diesem Grund ist die Verwaltung, dem Auftrag des Rates folgend – durch die Pandemie ausgebremst – in Verhandlungen mit dem Landkreis Peine eingetreten, um dieses Missverhältnis durch zusätzliche finanzielle Leistungen des Landkreises zu verbessern.

Ganz deutlich: Es geht nicht um eine einmalige Überschussbeteiligung, sondern um eine nachhaltige, jährlich wiederkehrende Beteiligung am Defizit für den Betrieb der Kitas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Es geht dem Bürgermeister nicht darum, die Kitas an den Landkreis Peine abzugeben, sondern die finanzielle Beteiligung des Landkreises am Defizit deutlich zu steigern.

Zu steigern für eine Aufgabe, für die der Landkreis selbst zuständig ist.

Im Kontext dieser besonderen Belastung für die Stadt ist auch ein weiteres Reizwort zu nennen! Kreisumlage: Bei der Analyse der finanziellen Rahmenbedingungen

unserer Stadt fällt jedem interessierten Leser des Haushalts der enorme Anteil der Kreisumlage – bezogen auf die Gesamtaufwendungen im städtischen Haushalt - knapp ein Drittel – ins Auge.

Neben den Personalkosten ist die Kreisumlage mit fast

37 Mio. € in 2021 die zweitgrößte Aufwandsposition – Tendenz steigend.

Der gemeinsame Wunsch der kreisangehörigen Gemeinden, eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes vorzunehmen, wurde durch den Kreistag nicht umgesetzt.

Aus Sicht aller Gemeinden und der Stadt ist diese Diskussion mit dem Landkreis zwingend erneut wieder aufzugreifen.

Die Beibehaltung des Hebesatzes in der bisherigen Höhe stellt aus meiner Sicht die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt in Frage. Bei einer Kreisumlage in dieser Höhe wird der Stadt die letzte Luft zur Gestaltung ihres örtlichen Gemeinwesens genommen.

Ich fordere daher alle Vertreter der hier im Rat vertretenen Fraktionen auf, dieses Thema – insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt – mit den Kollegen im Kreistag zu diskutieren, um den Weg für einen politischen Kompromiss zu ebnen.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

trotz oder gerade wegen schwieriger Rahmenbedingungen bin ich kämpferisch:

In dieser besonderen finanziellen Situation hat die Stadt Peine umso mehr abzuwägen, welche Investitionen realisiert und welche Auszahlungen getätigt werden können.

Ohne dabei nachfolgende Haushaltsjahre mit einem Investitions- / Sanierungsstau zu belasten und gleichzeitig zwingend notwendige Instandsetzungen durchzuführen bzw. den Bedarf an nachhaltiger Infrastruktur Rechnung zu tragen.

Ein schmaler Grat zwischen Sparen und verantwortungsbewussten Investitionen in die Zukunft.

Rat und Verwaltung haben mit der Entscheidung zur Übernahme des Klinikums Peine zusammen mit dem Landkreis Peine Verantwortung für das örtliche Gemeinwesen übernommen und Durchsetzungsvermögen bewiesen.

Ich habe bereits zu Beginn darauf hingewiesen. Trotz dieses erheblichen finanziellen Aufwands – 8 Mio. € – stellt der Haushaltsplan 2021 wichtige Weichen für die Zukunft der Stadt Peine:

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, trotz der finanziell schwierigen Lage notwendige Investitionen zu tätigen, um die kommunale Infrastruktur an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren und entsprechend auszubauen.

Dies machen vor allem die Investitionen an den städtischen Kindertagesstätten, den Schulstandorten und der Erschließung weiterer Baugebiete deutlich.

Für den Schulneubau der Grundschule in Essinghausen werden 3 Millionen Euro investiert, außerdem soll die Grundschule in der Südstadt einen Erweiterungsneubau erhalten.

Hierfür sind 2021 Planungskosten von 320.000 Euro vorgesehen. Für die Erschließung weiterer Baugebiete sind insgesamt 2,48 Millionen Euro geplant (Südl. an der Simonstiftung, 2. BA 1,4 Millionen Euro und Woltorf 1,1 Millionen Euro).

Mittelfristig sollen in Stederdorf und Schwicheldt weitere Baugebiete erschlossen werden; mit den Planungen soll bereits im kommenden Jahr begonnen werden.

Ausgaben für die Straßen- und Gebäudeunterhaltung, Haushaltsmittel für die Verbesserung der kommunalen Straßen und die Erschließung von Wohngebieten in weiten Teilen unserer Stadt, sind weitere Beispiele für die enormen Anstrengungen, die wir für unsere Bürgerinnen und Bürger unternehmen wollen.

Dass das alles jedoch auch nicht zum Nulltarif zu haben ist, muss uns aber auch klar sein. Daher: Die für das kommende Jahr geplante Kreditaufnahme mit 12 Mio. € ist zwar ein „kräftiger Schluck aus der Pulle“, aber und im Hinblick auf die gesteckten Ziele vertretbar - fast ohne Alternative.

Auch in 2022 sollen notwendige Investitionen getätigt und begonnene fortgeführt werden. Dafür sieht der Entwurf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von ebenfalls 12,3 Mio. € vor.

Mag sein, dass auf den ersten Blick diese Investitionsbestrebungen im Widerspruch zur der von mir geschilderten Situation stehen.

Aber: Am Ende die Stadt nur kaputt zu sparen, das Handeln auf das Verwalten des Mangels zu reduzieren – wäre eine Maxime ohne Weitsicht.

Daher: die Stadt Peine ist und bleibt ein selbstbewusstes Mittelzentrum.

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive Stadt bieten. Dazu gehören auch Investitionen in die zuvor genannten Bereiche.

Die Stadt Peine verfolgt aufgrund dieses Spagates eine konsequente Strategie. Wir versuchen, die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur durch zielgerichtete Inanspruchnahme von Förderprogrammen abzufedern und damit den städtischen Haushalt zu entlasten.

Das Geschäft ist zunehmend schwieriger geworden; viele Kommunen nutzen selbstverständlich auch diese Möglichkeit. Dennoch können wir an einer Vielzahl von Förderprogrammen partizipieren.

Aber auch hier gilt: Gibt es Förderprogramme, von denen die Stadt profitieren kann, muss geschaut werden, in welchem Jahr eine Förderung möglich ist.

Kommt eine Förderung zu einem späteren Zeitpunkt in Betracht, bedeutet auch der verantwortungsbewusste Umgang mit öffentlichen Mitteln unter Umständen ein Verschieben dieser Investition.

Ich gebe zu: Das ist für die Entscheidungsträger vor Ort – mich eingeschlossen – manchmal nicht zufriedenstellend, ist aber der aktuellen finanziellen Gesamtsituation der Stadt geschuldet und sollte bei der Meinungsbildung immer eine Rolle spielen.

Weitere – ausgewählte – Investitionen von wesentlicher Bedeutung im Verwaltungsentwurf: Sanierungsgebiet Südstadt (1,01 Millionen Euro) und für die Sanierung der Fahrbahn im Bereich Fuhsering / Trogstrecke (1,4 Millionen Euro, gesamt: 2,7 Millionen Euro).

Für den Ersatzbau der Hertha-Peters-Brücke sind Mittel von 3 Millionen Euro eingeplant, welche mit einem Sperrvermerk versehen sind.

Die Verwaltung schlägt vor, die Umsetzung dieser Maßnahme abhängig von der Bewilligung beantragter Fördermittel zu machen.

Sie sehen: Wir stecken trotz schwieriger Rahmenbedingungen den Kopf nicht in den Sand – im Gegenteil. Ich sage aber auch: Alleine schaffen wir es auf Dauer nicht.

Ich appelliere daher an Bund und Land: Die Kommunen sind das Herz der kommunalen Selbstverwaltung. Ohne eine nachhaltige finanzielle Unterstützung durch Bund und Land wird es der Stadt - wie vielen anderen Kommunen – kaum möglich sein, durch diese Krise zu kommen.

Ausgleichszahlungen für wegbrechende Gewerbesteuern in diesem Jahr sind sicherlich hilfreich, ändern an der prekären Lage erst einmal aber nichts. Die Einnahmeverluste durch die Pandemie wiegen über Jahre schwer.

Hier müssen Bund und Land ansetzen und ihren Ankündigungen für eine kommunenfreundliche Politik Taten folgen lassen.

Das heißt konkret: auch in den Folgejahren Ausgleich für Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, eine nachhaltige Ausstattung des Finanzausgleichs und eine Kompensation wegbrechender Erträge bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer durch Bund und Land.

Nur so ist es den Kommunen – neben natürlich eigenen Anstrengungen – auch in Zukunft möglich, den Ansprüchen der Bevölkerung gerecht zu werden und für die Infrastruktur zu sorgen, die für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung selbstverständlich sein sollte.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

unsere Stadt ist es wert, sich für sie stark zu machen und an einer gedeihlichen Entwicklung mitzuwirken.

Dazu gehört neben zukunftsorientierten und nachhaltigen Investitionen auch ein breit aufgestelltes und auf unsere Bedürfnisse angepasstes Stadtmarketing.

Ich freue mich, dass der Rat mit großer Mehrheit einen Neuanfang mit dem heutigen Beschluss ermöglicht hat. Ich bin sicher, dass dieses Votum Signalwirkung entfaltet.

Gerade in der aktuell schwierigen Zeit müssen wir an der Seite der Kaufmannschaft und Gewerbetreibenden stehen und gemeinsam versuchen, intelligente und tragfähige Lösungen zu finden.

Ich bin sehr froh, dass Rat und Verwaltung hier an einem Strang ziehen.

Doch eines ist aber auch klar: Ohne eine funktionierende Mannschaft kann man kaum was bewegen.

Ich möchte mich an dieser Stelle daher bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses – unabhängig davon, ob sie in der Verwaltung, in den Städtischen Betrieben, in den Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen, in der Bücherei oder im Archiv, als Hausmeister, Sekretärin oder als Reinigungskraft beschäftigt sind – für ihren enormen Einsatz in diesem Jahr bedanken.

Die Herausforderungen waren und sind vielschichtig und auch nicht immer einfach.

Gestatten Sie mir aber, dass ich dabei insbesondere die Kolleginnen und Kollegen erwähne, die mit Ihrem Einsatz am Wochenende, in den Abendstunden und auch an Feiertagen dazu beigetragen haben, dem Pandemiegeschehen in Peine verantwortungsbewusst entgegenzutreten und sich für unser aller Wohlbefinden eingesetzt zu haben.

Dies gilt insbesondere für den gesamten Verwaltungsvorstand und namentlich für Christian Axmann, der die Interessen der Stadt im Krisenstab des Landkreises vertreten hat und stets für eine interessensgerechte Abstimmung gesorgt hat.

In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch die Personalvertretungen ein, die in die Herausforderungen der Pandemie von Anfang an eingebunden waren und den Prozess stets konstruktiv begleitet haben.

Mit dem Personalrat gemeinsam wollen wir uns auch künftig den Herausforderungen am Arbeitsmarkt stellen und geeignetes Personal für die Stadt gewinnen oder an uns binden.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist den finanziellen Möglichkeiten angepasst und ein tragbarer Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Realisierbarem.

Die Verwaltung empfiehlt daher Zustimmung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.